

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 270.- Mk., bei Selbstabholung 233.- Mk. — Preis der Einzelnummer 12.- Mk. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13893. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10zeilige Kolonellselle oder deren Raum 30.- Mk., bei Platzvorkauf 40.- Mk.; Familiennachrichten, die 10zeilige Zeile 18.- Mk. (Reklame-Kolonellselle 14.- Mk. Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721 Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Ansprachen Dr. Wirths und Barthous.

SPD. Amtlich wird uns mitgeteilt:

Die Reparationskommission, die am Montag in Berlin angekommen ist, wurde Dienstag, mittags 12 Uhr, vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neuernannten Vorsitzenden Herrn Louis Barthou, dem es vergönnt sein möge, sein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Völker und für Deutschland zu führen und die Voraussetzungen zu schaffen, die für jede künftige ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und damit auch der Nationen der Welt notwendig sind. Er begrüßte die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellten sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit der Aussprache zur Verfügung. Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantiekomitees im Juli eingetreten sind und belegte diese Veränderung mit den vergleichenden Daten der deutschen Währung und der deutschen Großhandelspreise. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmitteln und an Rohstoffen fehlt, steht vor einem fürchterlichen Winter des Hungers und der Kälte. Die bisherigen Versuche, aus der kranken deutschen Wirtschaft mögliche große Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen; nur dann bestünde Aussicht, Leistungen aufzubringen; deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Er begrüßte die Mitteilung der Reparationskommission, daß Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein soll. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Vorschlägen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herstellen.

Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Barthou, die Gründe dar, die die Replo veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Die Reparationskommission schätze beide um so höher, als sie von der durch ihre amtliche Stellung am meisten qualifizierten Persönlichkeit herrühren. Was das Zeugnis anlangt, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern: Es werde das erste Blatt des Aktienstils sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangt, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen, als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indessen durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestreite. Die Reparationskommission wolle dem Kanzler für sein Versprechen, an den Verhandlungen mit völliger Offenheit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt worden sei. Die Reparationskommission hoffe in allen Dienststellen, die an den Verhandlungen teilnehmen werden, jenen guten Willen anzutreffen, von dem der Kanzler gesprochen habe. Die Reparationskommission sei hergekommen, um einen kranken Körper zu behandeln, um den Ausdruck des Kanzlers zu gebrauchen; es sei daher notwendig, daß sie die ganze Ausdehnung und alle Ursachen der Krankheit kennen lerne. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Von diesem Nachmittag ab heiße daher die Parole: Arbeiten wir! Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Ressorts hat am Dienstag nachmittags im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

Die Nachmittagsitzung.

Berlin, 1. November. (Berliner Tageblatt.) Die gestrige Sitzung der deutschen Ressorts mit der Reparationskommission war fast vollständig ausgefüllt mit eingehenden Darlegungen von Dr. Herms und Dr. Schroeder über die Lage des deutschen Budgets. Die Delegierten der Reparationskommission stellten hier und da Zwischenfragen. Die Beratungen werden Mittwoch, nachmittags um 4 Uhr fortgesetzt werden. — Die Delegierten der Reparationskommission traten am Dienstag nachmittags zu einer internen Beratung zusammen, in deren Verlauf das Projekt DeLacroix besprochen wurde.

Die Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Gegen jede Anstiftung des Kahlstundentages.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagvormittag zu einer Sitzung zusammen. Er nahm zunächst den Bericht der Unterhändler über die bisherigen Verhandlungen in der Reichskanzlei wegen der sozialdemokratischen Forderungen zur Marktstabilisierung entgegen. Das Verhalten unserer Unterhändler wurde einstimmig gebilligt; insbesondere fand das Vorgehen des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt in seinem Kampfe um die Erhaltung der Mark einstimmige Zustimmung.

In Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, die zwar zu raschen tatsächlichen Entschlüssen drängen, aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, wurde davon Abstand genommen, die Reichstagsfraktion noch in dieser Woche zusammenzubekommen. Um

aber andererseits eine Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur politischen Gesamtlage vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen herbeizuführen und zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen, wurde die Einberufung der Reichstagsfraktion zu Dienstagvormittag beschlossen. Ein früherer Termin erschien in Anbetracht der Tätigkeit fast aller Fraktionsmitglieder bei den künftigen Landtagowahlen unzulässig.

In sachlicher Beziehung bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die Partei auf ihren Vorschlägen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unbedingte bestehen muß, besonders da sie die einzigen positiven Vorschläge sind, die zur Wirtschaftsgesundung gemacht worden sind. Auch bestand volle Übereinstimmung darin, daß die Sozialdemokratie eine Anstiftung des Kahlstundentages, wie sie jetzt von einflussreichen Kapitalistengruppen und auch von vielen bürgerlichen Politikern im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt ist, auf keinen Fall zulassen wird. Die auch von der Sozialdemokratie als dringend notwendig anerkannte Produktionsförderung darf nicht auf Kosten der Arbeiter herbeigeführt werden. Die wirksamste Voraussetzung für die Produktionssteigerung ist die Stabilisierung der Mark. Eine Regelung, die sich trotz der dringenden Vorstellungen der Sozialdemokratie nicht zu positiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark bereitfindet, dafür aber den Kahlstundentag beabsichtigt, könnte keine Unterstützung durch die sozialdemokratische Partei, sondern nur eine entschiedene Bekämpfung erfahren.

Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich ferner, veranlaßt durch eine Aeußerung des Abgeordneten Dr. Heim auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei, mit der durch den Rücktritt Bechensfelds geschaffenen Zuspitzung der gesamtpolitischen Verhältnisse und richtete den dringenden Appell an die bayerischen Arbeiter, den gegenrevolutionären bayerischen Bestrebungen gegenüber auf der Hut zu sein.

Zwecks Stellungnahme zu den dringenden schwebenden Steuerfragen wurde die Einberufung einer Konferenz mit Vertretern der Fraktionen der einzelnen Länder für den 22. November in Aussicht genommen.

Schweres Grubenunglück in Westfalen.

Bochum, 30. Oktober. (SPD.) Montag morgen gegen 6½ Uhr hat sich auf der Zeche Bruchstraße eine Kohlenstaubexplosion über Tage ereignet, bei der nach den bisher vorliegenden Nachrichten fünf Menschen getötet und 21 schwer oder milder schwer verletzt wurden. Die Explosion ist wahrscheinlich von dem unter einer Kohlenwippe lagernden Kohlenstaub ausgegangen, die außer Betrieb war. Die Ursache der Explosion dürfte auf Kurzschluß zurückzuführen sein, da in der Nähe der Kohlenwippe ein Elektromonteur mit Reparaturarbeiten beschäftigt war. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. — Soweit bekannt, handelt es sich um die erste Kohlenstaubexplosion über Tage.

Langendreer, 1. November. Die Zahl der Opfer der Explosion auf der Zeche Bruchstraße ist auf sechs Tote und 24 Verletzte gestiegen.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4560 Mk.

Wer hilft euch?

Die Not steigt. Das Elend wächst. Und immer ungenügender unterstützen die bürgerlichen Parteien die Arbeiter und Schieber und treten eure Interessen mit Füßen. Unter dem verlogenen Geschrei: „Weg mit dem Klassenregiment!“ kämpfen sie für eine reaktionäre bürgerliche Regierung, die mit brutaler Gewalt die hungernde Masse niederzwingt und sie schutzlos und rechtlos macht.

Männer und Frauen des Volkes! Helfen kann euch nur die V.S.P.D.

Sie ist der stärkste Wall gegen die hereinbrechende Reaktion. Ihre Machtposition zu stärken liegt im Interesse aller Männer und Frauen der schaffenden Stände. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Keiner von euch darf am 5. November der Wahl fernbleiben. Es gilt eure Befreiung. Deshalb muß die Parole sein: Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Wir wählen nur V. S. P. D., Liste Lipinski-Hagen-Frau Schilling!

Großhandels-Index 781.15.

Preissteigerung um 38 Prozent in einer Woche.

Eine neue Lawine steigender Preise wälzt sich über die deutschen Konsumenten hin. Angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Mark war das unschwer zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Oktoberwoche aber stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die Industrie- und Handelszeitung, ein Organ, das von Sinnes fundiert wird, ist angesichts der dauernden Veränderung der Preise dazu übergegangen, nicht mehr wie das Reich und die übrigen Indexstellen die Entwicklung der Preise nur a l l m o n a t l i c h zu berechnen, sondern eine allwöchentliche Berechnung vorzunehmen. Da es ein ausgesprochenes Organ 'Sinnes' ist, sind an der Richtigkeit dieser Zahlen keinerlei Zweifel möglich. Nach der 3. und 5. stellte sich der Großhandelsindex in der dritten Oktoberwoche auf 506,22, er schnellte in der vierten Woche des Oktobers auf 781,15 hinauf, was eine Steigerung im Verlaufe von sieben Tagen um 38 Prozent bedeutet. Mit anderen Worten, die Großhandelspreise haben sich im Verlaufe einer Woche beinahe verdoppelt, die Hausfrauen mögen daher nicht verwundert sein, wenn bei der schnellen Anpassungsfähigkeit, die sich seit Monaten auf diesem Gebiete entwickelt hat, die Margarine von 720 auf etwa 1000 Mark in den nächsten Tagen steigen wird.

Die Verelendung der breiten Massen des Volkes wächst damit ins Ungemessene. Wenn die Arbeiterschaft mit ihren Löhnen diesem letzten Steigen der Preise auch nur einigermaßen folgen wollte, dann müßten von der zweiten bis zur dritten Woche im Oktober die Arbeitslöhne um etwa 50 Prozent gesteigert werden. Dabei ist zu beobachten, daß der Gesamtindex von 781,15 noch bei weitem nicht dem eigentlichen Entwertungsfaktor der Mark entspricht, der in der gleichen Indexwoche 1033,03 betrug. In der Vorwoche, die einen Index von 506,22 zeigte, betrug die Spannung zwischen Entwertungsfaktor der Mark und Gesamtindex rund 53, d. h. die Großhandelspreise waren der entwerteten Mark in nur kleinem Abstände gefolgt. In der letzten Oktoberwoche aber zeigt sich eine Differenz von etwa 252, so daß mit einem nochmaligen starken Anziehen der Preise in dieser Woche gerechnet werden muß und die Löhne hinter in immer weiterem Abstand hinterher.

Bei alledem sind die Indexziffern für Fleisch, Fisch, Fette usw. vorerst noch sehr minimal gestiegen. Sie stiegen von 367,23 auf 490,05 empor. Dagegen wuchsen Textilien, Häute usw. von 770,04 auf 1123,69. Das ist eine Steigerung von 44,2 Prozent in sieben Tagen. Sie erklärt sich daraus, daß die Preise für Baumwolle, die in der dritten Oktoberwoche das 132fache der Vorkriegszeit betragen, in der letzten Woche des Oktobers auf das 1989fache stiegen. Das ist ein Anwachsen von 55,7 Prozent, während der Dollar nur eine Steigerung von 33,6 zu verzeichnen hatte. Auch das Getreide schnellte in weitaus härtererem Maße empor, als die Indexziffer für alle erfaßten 44 Waren. Die vergangene Woche hat den bisher höchsten Preisstand auf dem Getreidemarkte gebracht. Weizen schnellte zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Preise auf über 200 000 Mark pro Tonne hinauf. Er hat im Durchschnitt das 941fache des Friedenspreises erreicht, und ist damit den Weltmarktpreisen wieder außerordentlich nahe gerückt. Roggen liegt um 44,7 Prozent auf das 1090fache der Friedenspreise. Er hat also den Weltmarktpreis bereits überschritten, ebenso die Gerste. Weizenstiefeln stieg der Preis für Zink auf das 1860fache, d. h. um 55,2 Prozent, Blei auf das 1441fache oder 51,8 Prozent.

Die Agrarier und viele der industriellen Großunternehmer haben verstanden, ihre Preise der außerordentlich schnellen Entwertung unserer Mark anzupassen. Sie haben faktisch die Parität des Goldes erreicht. Damit ist der Spannungszustand zwischen den Preisen und den Löhnen ins Ungemessene gestiegen. Das bedeutet, daß die Unternehmer dem Arbeiter in Form von Papiermarktlöhnen einen immer kleiner werdenden Teil des Gesamtertrages seiner Arbeitskraft zur Auszahlung bringen.

Was nützen angesichts einer solchen Entwicklung alle die Kämpfe der Gewerkschaften um Erhöhung der Arbeitslöhne. Sie sind um das Vielfache überholt bereits in den Stunden, in denen die Lohn-erhöhungen zur Auszahlung kommen. Wenn je das Wort von der Sozialpartei in den Gewerkschaften beredt war, dann hat das die Entwicklung der letzten Wochen zur Evidenz bewiesen. Es zeigt aber gleichzeitig, wie notwendig es ist, alle Kräfte zu konzentrieren, um einem weiteren Abfallen der Mark entgegenzuwirken, um zu einer Stabilisierung unserer Währung zu gelangen. Die Vorgänge der letzten Tage, die sich vor dem Forum der Parteiführer in Berlin ereigneten, haben indes gezeigt, daß von Seiten der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, auf diesem Gebiete nichts zu erwarten ist, daß allein die Arbeiterschaft Träger dieser Bestrebungen bleibt, soweit nicht von der Reparationskommission erneute Diktate erfolgen. Das ist freilich nicht anders zu erwarten angesichts der Tatsache, daß mit einer jeder Entwertung der Mark und mit dem damit im Zusammenhang stehenden Sinken der Papiermarktlöhne automatisch die Gewinne des Unternehmertums steigen. Der Kampf gegen die weitere Verelendung der Arbeiterklasse ist daher Klaffenkampf in höchster Potenz und die künftigen Arbeit-

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. November.

Parteiangelegenheiten.

Bezirk Zentrum (VSPD, Alt-Leipzig). Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr: Neueste wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant Stadt Mannheim, Burgstraße 13.

Alt-Leipzig, Südbezirk. In der gestrigen Sitzung im Volkshaus ist ein Schirm stehen geblieben. Abgeholt beim Genossen Koch, Eichenstraße 85.

VSPD, Alt-Leipzig, Westen II. Alle Funktionäre, Wahlhelfer, Sportler und Genossinnen, Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, bei Appenfelder, Pontatowstraße zur Wahlarbeit.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Heute abend, von 7 1/2 Uhr an: Flugblattverbreitung. Abgeholt im Restaurant zum Appelboom, Berliner Straße 34. Jeder Parteigenosse, der einen günstigen Wahlausfall für uns erwartet, hat zu erscheinen. Gilt es hoch, die letzten Vorbereitungen zur Wahl zu treffen.

Anger. Funktionäre und Wahlhelfer! Donnerstag, nachmittags 1/2 5 Uhr: Flugblattverbreitung. Angerschlöcher, Zweinaundorfer Straße, und Wand, Bernhardtstraße. Alle müssen zur Stelle sein. Keiner darf fehlen.

Schönefeld. Nächsten Freitag, abends 8 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung. Alle Wahlhelfer haben zu dieser Sitzung mit zu erscheinen.

Thonberg-Neureuditz. Donnerstag, den 2. November, abends 1/2 8 Uhr, im Restaurant Alte Nr. 1, Reichenhainer Straße 2: Zusammenkunft der Funktionäre und aller Mitglieder, die am Wahltag und unterstützen wollen. Wir brauchen viele Helfer.

Detzowin Magwitz-Bindenauschleusig. Die Flugblattverbreitung erfolgt von nachmittags 2 Uhr ab in folgenden Ausgabestellen: L-Bindenauschleusig: Filiale der Leipziger Volkszeitung, Obermannstraße; L-Magwitz: Filiale der Leipziger Volkszeitung, Weissenfelder Straße; L-Schleusig: bei dem Genossen Thielemann, Könnertstraße 49, part. — Die Genossen von Schleusig treffen sich Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Wahlbesprechung bei dem Genossen Thielemann, Könnertstraße 49.

Großschöcher. Funktionäre und alle Parteigenossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich am Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, in der Schule.

Entsch. Donnerstag, den 2. November, abends 1/2 8 Uhr: Sitzung im Feldschlöcher. Alle Genossinnen und Genossen des Turn- und Sport-, des Gesangs- und Ortsvereins, sowie der Jugend, die Wahlarbeit leisten wollen, müssen erscheinen. Funktionäre und Wahlhelfer müssen vollständig zur Stelle sein.

Gaußsch. Alle Wahlhelfer und Funktionäre werden dringend ersucht, in der Sitzung am Donnerstag, den 2. November, abends 1/2 8 Uhr, in der Schule, Zimmer Nr. 12, zu erscheinen. Die Sportgenossen müssen ebenfalls anwesend sein.

Gaußsch. Frauenabend. Die Genossinnen werden ersucht, an der Sitzung der Wahlhelfer teilzunehmen.

Dehlsch. Alle Funktionäre und Wahlhelfer werden ersucht, heute, Mittwochabend, vor der Versammlung, pünktlich 7 Uhr, in der Linde zu erscheinen.

Gewerkschaftsfunktionäre! Hott sofort bei eurer Gewerkschaft Kontrollkarte für die Landtagswahl und verteilt sie in euren Betrieben. Gewerkschaftsleiter Leipzig.

Wahlhelfer heraus!

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl. Diese kurze Zeit gilt es, mit erhöhter Anspannung aller Kräfte für den Sieg der vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu wirken. Die bürgerlichen Parteien machen alles mobil für diese Wahl. Ihren Kassen stehen von den Unternehmern reichliche Mittel zu, ihre Parteiführer sind äußerst rege. Alle Bande der gesellschaftlichen Verbindungen werden von den Gegnern ausgeleitet, für ihre Kandidatenliste Stimmen zu werben. Die Bürgerlichen wissen ja auch zu genau, was auf dem Spiele steht. Ihre Kraftanstrengungen lohnen sich, wenn es ihnen gelingt, die Mehrheit im Landtage zu erreichen und die sozialistische Regierung zu kürzen. Dann machen sich die Summen, die sie jetzt für den Wahlkampf zur Verfügung stellen, doppelt, dreifach, hundertfach bezahlt. Eine bürgerliche Mehrheit im Landtage würde schon dafür sorgen, daß durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats den Unternehmerverbänden die Versicherungssummen — als die sie die Wahlkosten ansehen — wieder eingebracht werden. Diese drohende Gefahr zwingt die Arbeiterklasse, alle Kräfte anzupassen, um den bürgerlichen Sieg zu verhindern. Deshalb ist es gerade in den letzten Tagen vor der Wahl unbedingte Pflicht aller aufgestellten Arbeiter- und Arbeiterinnen, sich restlos für die Wahlarbeit für die Partei zur Verfügung zu stellen. Es gilt Flugblätter, Handzettel, Stimmzettel zu tragen, es gilt in Bekanntenkreisen für die Partei zu werben, es gilt namentlich unter den Frauen zu wirken! Die Gegner rechnen auch bei der diesmaligen Wahl damit, daß die Frauen als Schutztruppe der Reaktion mißbraucht werden können. Dagegen muß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln wirken.

In den letzten Tagen vor der Wahl müssen sich die Genossen und Genossinnen während ihrer ganzen freien Zeit der Partei zur Verfügung halten. Jede Genossin und jeder Genosse kann die Kleinarbeit für die Partei verrichten. Deshalb müssen in diesen Tagen die sonstigen Verpflichtungen und Gewohnheiten des täglichen Lebens zurückgestellt werden. Das gilt für die Hausarbeit der Frauen, das gilt nicht minder für die Arbeit, die von den Männern etwa in Gärten usw. außerhalb der Erwerbsarbeit verrichtet wird. Das gilt auch für Turner und Sportler, für Sangesbrüder und für Jugendgenossen. Wahrheit ist außergewöhnlich, daher muß sich das Leben der Wahlhelfer in diesen Tagen auch von den sonstigen Tagen und Gewohnheiten unterscheiden. Je größer die Zahl der Helfer und Helferinnen, um so besser der Erfolg. Hat z. B. ein Stimmzettelteiler nur wenige Familien zu besuchen, dann kann er um so besser und eingehender mit den Wählern und Wählerinnen über die Wahl sprechen. Wahlarbeit ist Arbeit aus Überzeugung und für die Überzeugung. Sie wird um so fruchtbarer sein, je größer die Begeisterung ist, mit der sie geleistet wird. Die letzten Tage vor der Wahl müssen in Leipzig 50 000 Wahlhelfer auf den Beinen sein. Das Ziel ist die Anstrengungen wert und der Erfolg ist unsicher, wenn jede Genossin und jeder Genosse bis zum Wahltag und am Tage der Wahl seine Pflicht tut. Wahlhelfer heraus!

Deutschnationale Allentagspläne in Leipzig.

Dem Sozialdemokratischen Pressedienst wird aus Leipzig geschrieben: In Leipzig wurden vor einiger Zeit eine Anzahl Deutschnationale, darunter besonders eine Frau Staudinger und ein Zeichner Herbert Rachner, verhaftet, nachdem man bei Rachner in seiner Wohnung, Markschneise 3, Handgranaten, Gasmasken, Gewehrpatronen, Minenwerferpatronen und andre Waffen gefunden hatte. In dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, das gegen die beiden genannten Personen schwebt, hat Rachner, der im übrigen seine Schuld leugnet, angegeben, daß er der Frau Staudinger im Juni und Juli dieses Jahres Handgranaten und Sprengpatronen und einem gewissen Heinze 420 Stück Infanteriemunition gegeben habe. Er will die Waffen im März 1920 vom Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig mitgenommen und sie im folgenden Monat im Keller seines Hauses vergraben haben.

Auf die Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, dem Heinze die Waffen zu geben, hat Rachner vor dem Untersuchungsrichter erklärt: „Heinze war mir als Mitglied des Verbandes nationalgerichteter Soldaten bekannt und erschien mir deshalb vertrauenswürdig. Ich selbst gehöre dem Verband nationalgerichteter Soldaten nicht an. Ich bin zur Zeit lediglich Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Früher habe ich der Organisation Eicherich, den Brüdern von Stein, dem Verein Silberner Schild, dem Nationalverband Deutscher Offiziere und dem Deutschen Herold angehört.“ Auch mit einem früheren Mitglied der Brigade Ehrhardt, Wegelin, dem sächsischen Bevollmächtigten der bekannten Morbororganisation Consul, hat Rachner in Verbindung gestanden.

Die weitere Frage, wie Rachner dazu gekommen sei, der Staudinger die Sprengstoffe zu geben und welche Zwecke damit verfolgt worden seien, erklärte Rachner: „Die Staudinger wandte sich an mich, weil sie wußte, daß ich genügend Beziehungen zu Kreisen habe, von denen sie annahm, daß es möglich sei, dort derartige Gegenstände zu finden. Die Staudinger versicherte mir, daß sie damit politische Zwecke verfolgte und daß die Sprengkörper entweder dem Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Rittmeister von Broich, oder der Polizei übergeben werden sollten. Bei der Übergabe des ersten Sprengkörpers handelte es sich darum, daß der Anführer eines Attentats bei einer Versammlung der USA in dem Lokal Drei Mohren hervorzuerufen werden sollte. Beim zweiten Male sollte die Handgranate bei einer Sonnenwendfeier der Deutschnationalen Vereinigungen im Lunapark Verwendung finden. Es kam aber beim zweiten Male nicht zu einer Verwendung, weil die ganze Veranstaltung verboten worden war.“

Der Vorsitzende der V. S. P. D., Reichstagsabgeordneter Hermann Müller spricht

heute Mittwoch, abends 8 Uhr im Palmengarten zu Leipzig.

Sorgt für Massenbesuch!

Diese Aussagen genügen wohl, um zu beweisen, daß auch sächsische Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei fleißig mit Attentats- und Scheinattentatsarbeiten, um durch Provokationen und Lockspiele Anruhen hervorzurufen und um dabei ihr Geschäft zu machen. Auch sächsische Deutschnationale gehen dabei mit vollendeter Gewissenlosigkeit und ohne Rücksicht auf Menschenleben vor. Öffentlich gelingt es, über den Sprengstoffbedarf der deutschnationalen Geschäftsleitung restlose Aufklärung zu schaffen.

Wie die kommunistischen Schimpfereien wirken.

Die Methoden der kommunistischen Wortführer, die Mitglieder der VSPD in den Schmutz zu ziehen, finden selbst bei den anständigen Kommunisten entschiedene Ablehnung. Das zeigt sich auch an der Wirkung, die einer der wüsten Schimpfartikel der Sächsischen Arbeiterzeitung, der am 24. Oktober erschien, auf einen Teil Kommunisten gehabt hat. In dem Artikel war gegen einen unserer Parteigenossen, der in der Textilindustrie besonders tüchtig tätig ist, in der bekannten fiesigen Manier losgezogen. Gegen einen ehemaligen kommunistischen Betriebsobmann war der Vorwurf erhoben, er habe mit einem Fonds der Arbeiter ein Erholungsheim aufgeführt. Zu diesem Vorwurf hat der in seiner Mehrheit aus Kommunisten bestehende Betriebsrat der Gaußscher Spinnerei Stellung genommen, mit dem Ergebnis, daß er an die Sächsische Arbeiterzeitung eine Berichtigung schickte. Der Berichtigung war die Erklärung beigefügt, wenn die Berichtigung nicht aufgenommen werde, würden die kommunistischen Betriebsratsmitglieder aus der Partei austreten. Der Subartikel der Sächsischen Arbeiterzeitung wurde am 27. Oktober in einer hartbesuchten Vertrauensmännerung besprochen, in der sich eine Anzahl Kommunisten in schärfster Weise gegen die Sächsische Arbeiterzeitung wandten und erklärten, daß sie aus der kommunistischen Partei austreten würden. In der Sitzung wurde von Kommunisten ein Vertrauensvotum für unsre Genossen eingebracht, das auch einstimmig angenommen wurde.

Die kommunistischen Kampfmethoden wenden sich also gegen die Kommunisten selbst. Trotzdem muß man wünschen, daß endlich mit dieser Vergiftung des politischen Kampfes einhalt gemacht wird, weil die gesamte Arbeiterbewegung darunter leidet. Solange freilich die kommunistischen Mitglieder nicht selbst ebenso energisch wie im vorliegenden Falle gegen die verleumderischen, fiesigen Methoden ihrer Wortführer auftreten, solange wird auch keine Besserung eintreten. Erstrecklicher Weise zeigt ja auch der Wahlkampf, daß es auch noch Kommunisten gibt, die anständig und sachlich ihre Partei aufzufassung vertreten. Aber diese Art Kommunisten ist leider sehr dünn gesät, sie haben auch nicht viel Aussicht, in ihrer Partei Einfluß auszuüben. Denn im allgemeinen gilt bei den Kommunisten noch der als der Tüchtigste, der im Gossenton seine Klassenossen am stärksten mit Schmutz bewirft.

Protest der Leipziger Gastwirte.

Am Montag fand in den Drei Lissen eine Versammlung der organisierten Leipziger Gastwirte statt, die sich mit der Erhebung einer Getränkesteuer sowie mit dem Entwurf des Schaftstättengesetzes beschäftigte. Nach einem Referat des Bundespräsidenten

Emil Köster-Berlin wurde einer Entschließung zugestimmt, in der es heißt, daß die Gastwirte sehr entschlossen seien, sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen drakonische Vollzeimassnahmen und eine steuerliche Erdrosselungspolitik zu wehren. Die empfohlene Besteuerung des übermäßigen Verzehrs sei praktisch undurchführbar. Die Verammlung erhebe auch scharfsten Protest gegen den Entwurf eines Schaftstättengesetzes in seiner vorliegenden Fassung. Dagegen sei sie mit den Abänderungsvorschlägen des deutschen Gastwirtverbandes einverstanden. Sollte die Regierung diesen Vorschlägen nicht nachkommen, so würden die Spitzenorganisationen aufgefordert, anzuordnen, daß die Gastwirte sich in ganz Deutschland an einem Tage auf eine bestimmte Zeit geschlossen würden.

Wahlheine für Wählerinnen und Wähler, die verhindert sind, am Sonntag in ihrem Wahlbezirk ihr Stimmrecht ausüben, werden nur bis Freitag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, im Wahlamt, Neues Rathaus, Zimmer 185, ausgestellt. Wer einen Wahlschein hat, kann auch, wenn er auf Reisen ist, außerhalb der Stadt Leipzig in einem anderen sächsischen Ort wählen und wer in einem Krankenhaus ist, kann in dem Wahllokal seine Stimme abgeben, das der Anstalt am nächsten liegt.

Notgeld an Eisenbahnschaffern. Der Verkehrsverein Leipzig teilt uns mit, daß die Reichsbahn sämtliche Eisenbahnschaffern angewiesen hat, nachdem der Reichsfinanzminister durch das Gesetz vom 14. August d. J. einzelnen Ländern, Städten, Gemeinden und Industrieunternehmen die Ausgabe von Notgeld gestattet hat, dieses Notgeld in den Grenzen des Geltungsbereichs anzunehmen und auch zu Zahlungen zu verwenden. Es wird an den Eisenbahnschaffern also stets nur das Notgeld angenommen, dessen Ausgabeort im Bereich der Reichsbahndirektion liegt; es würde zu einem Vorkauf von verschiedenen Notgeldscheinen führen, wenn man seine Freizügigkeit und seine Geltung nicht auf bestimmte Landes- und Ortsgrenzen beschränkte. — Die Reichspostverwaltung hat es der Oberpostdirektion anheimgestellt, das behördlich zugelassene Notgeld bei den Postämtern im Gemeindebezirk und in der näheren Umgebung des Ausgabeortes in Zahlung zu nehmen. Uebrigens müßten auch behördliche Notgeldscheine von dem Herausgeber eingelöst werden, wenn ein Teil des Stückes vorgelegt wird, der größer ist als die Hälfte.

Die Ausstellung Der Mensch bleibt Leipzig noch bis Mitte November erhalten. Man schreibt uns über die sehenswerte Ausstellung: Wenn nach Schluß der Ausstellung das Gesehene und Gelernte nun wirklich Eigentum der Ausstellungsbesucher geworden ist und sich im Leben des Alltags Hunderte von Anregungen bieten, das neue Wissen praktisch zu verwenden, die Augen für manche Seite unsres Lebens, die wir früher gar nicht bemerkten — durch diese belehrende Sammlung geöffnet würden, werden diejenigen hellere stehen müssen, die nicht „dabei“ waren. Die Dinge und Vorgänge, die dort vorgeführt werden, lernt man nicht vom Hörensagen, sehen muß man sie. Deshalb bilde sich ein jeder durch gedankenvolles Sehen! Die Ausstellung bietet reiches Material.

Das Reichswirtschaftsmuseum bleibt am Donnerstag, dem 2. November, für den öffentlichen Besuch geschlossen.

Sächsische Angelegenheiten.

Wieder ein abgestrafter antikommunistischer höherer Beamter.

40 000 Mark Geldstrafe wegen schamlos erfundener Klatschereien! Vor einigen Tagen wurde der Regierungsrat Dr. Hänichen wegen unsäuglicher Schimpfereien über die sächsischen Minister und Volksammerabgeordneten, die er durch Handbemerkungen in amtliche Akten gelangen hatte, vom Landgericht Zwickau zu 180 000 M. Geldstrafe verurteilt. Die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe hatte das Gericht abgelehnt. In den letzten Tagen hatte sich ein Regierungsrat Dr. Geyer von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wegen gefälschter Klatschereien, durch die ein republikanischer Staatsanwalt herabgewürdigt wurde, vor dem dortigen Gericht zu verantworten. Er wurde zu 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch in diesem Falle folgte das Gericht nicht dem Antrage des Staatsanwalts, auf Gefängnisstrafe zu erkennen.

Orgelschafflinge und Bürgerbundsmaßdoren veranstalteten in Marienberg seit längerer Zeit allerlei schmutzige Senation. Am 15. Juni wurde — wir folgen einem Bericht der Chemnitzer Volksstimme — eine dieser Orgelschafflinge, ein Arbeitgeberverbandsmitglied Dr. Zunge, wegen gewissenloser Verbreitung ordinärer Klatschereien über den der Antisozialisierung verdächtigen Rechtsanwalts Dr. Schmöger zu 6000 Mark Geldstrafe und am 7. September wegen ähnlicher Schmutzereien einem andern angehenden Einwohner gegenüber zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die zweite Auflage des ersten Prozesses wurde jetzt vor dem Schöffengericht Marienberg verhandelt. Diesmal lagte Rechtsanwalts Dr. Schmöger gegen den Regierungsrat Dr. Geyer von der Amtshauptmannschaft, der mit und ohne jenen Dr. Zunge den Kläger in so perfider Weise mit falschen Nachrichten verfolgt hat, daß sogar die Staatsanwaltschaft (Oberstaatsanwalt Ahmus-Freiberg vertrat die Anklage) sich veranlaßt gesehen hat, die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse zu übernehmen.

Regierungsrat Dr. Geyer war bei der Amtshauptmannschaft Marienberg beschäftigt, ist aber jetzt, wie er selbst sagt, „beurlaubt“. Dieser Beamte der Republik spielte schon im ersten Zunge-Prozess als Zeuge eine höchst eigenartige Rolle. Er wollte damals zuerst sein Zeugnis überhaupt verweigern, gab dann aber nach und nach die „Möglichkeit“ und schließlich sogar die „Wahrscheinlichkeit“ zu, daß Dr. Zunge an der Verbreitung der erfundenen Klatschereien beteiligt war. Auf die Hauptfrage konnte sich Dr. Geyer aber absolut nicht entziehen. Jetzt als Angeklagter ist ihm nur das Gedächtnis insoweit wiedergekommen, als es sich um Momente handelt, die keine Person ent-, den Kläger aber belasten können. Es waren 16 Zeugen geladen und mehrere Zeugen sind kommissarisch vernommen.

Dr. Geyer wird beschuldigt, daß er trotz wiederholter Warnungen aus den Kreisen anständiger Leute immer und immer wieder den Klatsch verbreitet hat: Rechtsanwalts Dr. Schmöger sei Kommunist, bestenfalls USA, er stehe mit Staatsanwalt Ahmus in Verbindung, der eine übliche Rolle spiele und in der Trunkenheit Hausdurchsuchungen vorgenommen habe. Und mit einem solchen Menschen verkehre Schmöger, der auch geheime Berichte an Minister Bipinski erstatte, dessen Günstling er sei, der in Marienberg auf Wartegeld sitze, um Amtshauptmann zu werden, der Spitzel-tätigkeit entfalte, viel im Schlitzen herumfahre und von der Parteikasse bezahlt werde, der auch Versammlungen der Landwirte besuche, um sie für Parteizwecke auszuhebeln.

Diese Klatschereien will Dr. Geyer von „laudwürdiger Seite“ zum Teil in Leipzig, zum Teil in Marienberg gehört haben; er weigert sich aber, „aus Unständigkeit“ die Gewährsmänner zu nennen. Nur den Oberstaatsanwalt Mangelin aus den Drei Schwanen, der ihm das von der anachronischen Trunkenheit des Staatsanwalts

Flugblattverbreitung

Donnerstag

Flugblattverbreitung in Groß-Leipzig. Beteiligt Euch zahlreich an dieser notwendigen Wahlarbeit, je stärker die Belegung, um so leichter wird die Arbeit für jeden einzelnen.

